

Sächsische Volkszeitung

Verleitet täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
 Ausgabe A mit „Die Zeit in Wort und Bild“ vierteljährlich
 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz
 Deutschland frei Haus 2,52 M.; in Österreich 4,48 K.
 Ausgabe B ohne Illustrierte Beilage vierteljährlich 1,50 M.
 In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei
 Haus 2,22 M.; in Österreich 4,07 K. — Einzel-Ex. 10 Pf.

Unabhängiges Tageblatt
 für Wahrheit, Recht und Freiheit

Interate werden die Geschäftsstelle oder deren Raum mit
 20 Pf. Beilagen mit 60 Pf. die Zeit berechnet, bei Wiederholungen
 entsprechende Rabatte.

Verlags- und Redaktions-Geschäftsstelle:
 Dresden, Wilmersbergstraße 43. — Fernsprecher 1306
 Für Rückgabe unbenutzter Geschäftsstellen keine Verbindlichkeit
 Redaktions-Sprechstunde: 11 bis 12 Uhr.

Der Liberalismus läßt die Masse fallen!

Seit Jahr und Tag vertreten unsere Liberalen den Satz, daß Religion und Politik nichts miteinander zu tun haben; sie greifen das Zentrum an, wenn es demgegenüber erklärt, daß eine religionslose oder religionsfeindliche Politik dem Volke großen Schaden zufügen müsse. Nun aber lassen die Liberalen ihre heuchlerische Maske fallen; es ist der freisinnige Abgeordnete Schrader, der zum Schrecken seiner Parteifreunde wieder einmal ausplaudert, was andere nicht gerne sagen. So hat er es schon in der Debatte zum Modernisteneid gehalten, so auch jetzt im „Verf. Tageblatt“ Nr. 659 vom 29. Dezember 1911; da reißt Herr Schrader die „Front gegen rechts“ in folgenden Worten: „Die Zeit liegt nicht weit hinter uns, wo die Religion im Leben der Nationen, insbesondere in Deutschland, keine erhebliche Rolle spielte. Das ist anders geworden. Religiöse Bestrebungen aller Art bewegen heute in allen Konfessionen die Menschen tief und haben einen starken Einfluß auf das öffentliche Leben. Ihre große Bedeutung wird aber nicht richtig verstanden. Die katholische Kirche führt jetzt in Deutschland ihre Forderungen der unbedingten Herrschaft der Geistlichen über die Laien, der Freiheit der Kirche von Staatseinflüssen und am letzten Ende der Herrschaft der Kirche im Staat mit größter Folgerichtigkeit durch. Dazu gehört die schärfste Disziplin der Geistlichkeit durch die weitestgehenden eivilischen Verpflichtungen gegen die Kirche, durch ständige Kontrolle der Vorgesetzten und die dem Ernennen derselben in weitem Umfange überlassene Entfernung aus dem Amte. Und der Schlüsselstein des Systems, das Ziel, welches Pius X. durch das Omnia restaurare in Christo, das heißt die Wiederherstellung aller Rechte und Privilegien, welche die Kirche in rein katholischen Ländern je einmal besessen hatte, verfolgt, ist die Erklärung des Papstes zum absolutistischen Herrscher und die Befestigung aller Selbstständigkeit der mittleren Instanzen, der Erzbischöfe und Bischöfe, die vollständige Unterwerfung der Kirche unter einen italienischen Priester, ihre vollständige Romanisierung.“

Siehe auch die bekannte parlamentarische Herr Matthias Erzberger in Berlin folgendes:

Herr Schrader spinnt also den Faden des Modernisteneides weiter. Aber er sagt auch mit aller Offenheit, daß die alte liberale Phrase, Religion und Politik haben nichts miteinander zu tun, einfach eine Unwahrheit ist. Die Feindschaft gegen die Religion hat mit der Politik sehr viel zu tun; die Anhänglichkeit an die Religion aber ist das beste Bollwerk des Staates. Die große liberal-sozialdemokratische Forderung des Tages will den Menschen teilen in einen Christen und Bürger und die Religion aus dem gesamten politischen Leben ausschalten. Das bekannte salomonische Urteil sagt uns schon, daß diese Teilung zur Zerstörung führen muß. Die Religion steht vielmehr im Mittelpunkt der Politik; sie ist der stärkste politische Faktor, sowohl positiv wie negativ. Frankreich und Portugal sagen letzteres zur Genüge. Die Religion ist die Sonne und der Wegweiser auch in der Politik, nicht in rein religiösen Fragen, auch in Wirtschaftsfragen (Sonntagsruhe: 3. Gebot; Wucher: 7. Gebot), auch in Rechtsfragen (freier Wille oder nicht), auch in Steuerfragen (Belastung der einzelnen Volksschichten). Dies haben unsere Altvordern erkannt und darum auf dem öffentlichen Marktplatz die Kirche und das Rathaus nebeneinander gestellt. Religion ist gut im Einzelleben! sagt selbst der Gottesleugner, da sie die Grundlage der schönsten menschlichen Tugenden ist. Pflichterfüllung lehrt und das Familienglück gründet. Was aber für die einzelne Zelle des Gesellschaftskörpers gilt, nützt der Gesamtheit dieser Zellen auch, gibt auch hier die festen Fundamente für das Wohlbefinden der Völker. Dies hat der protestantische amerikanische Staatsmann Washington so ergreifend in seiner Abschiedsadresse an seine Volksgenossen zum Ausdruck gebracht: „Religion und Moralität sind die unerlässlichen Stützen der öffentlichen Moral. Der ist kein Mann des Vaterlandes, der diese mächtigen Pfeiler der menschlichen Glückseligkeit untergräbt. Jeder wahre Politiker ehrt und liebt sie ebenso gewiß wie jeder fromme Mensch... Vernunft und Erfahrung beweisen, daß Moralität im Volke ohne Religiosität nicht bestehen kann. Gerade sie sind es aber, die einer Volksregierung erst Lebenskraft geben müssen.“

Die Geschichte aller Völker (Juden, Griechen, Römer, Deutsche) lehrt mit Flammenschrift, daß ein sittlich religiöses Volk Großtaten vollbringt, daß ein glaubensloses Volk zerfällt. Endlich ist Religion die beste Stütze brennender Vaterlandsliebe, die auch Opfer bringen kann; Mitreiter am Aufbau unseres Vaterlandes ist uns religiöse Pflicht, während „die Kreuzesbrecher auch die Königskronen brechen“. Wer sind denn die Gegner des religiösen Einflusses auf die Politik? Sozialdemokratie, Liberalismus und Freimaurerei. Die Sozialdemokratie sieht in der Religion das Bollwerk gegen ihre verführerischen Pläne; darum sagt Bebel schon 1881: „Auf dem Gebiete, das sie das religiöse nennen, wollen wir den Atheismus.“ Ganz

logisch gedacht von einem großen Irrtum aus! Denn wenn mit dem Tode alles aus ist, warum dann Not und Ueberfluß, Arbeit und Reichtum so ungleichmäßig verteilt? Dann kommt in die unsinnige Forderung des allgemeinen Schlaraffenlandes wenigstens Logik. Je weniger Religion in der Politik ist, desto höher schießt der rote Weizen. Dem Liberalismus ist Religion in der Politik lästig, weil diese der stete Mahner und Prediger zur Gerechtigkeit im Wirtschaftsleben ist, weil diese die Forderung nach dem gerechten Lohn stärker und unerbittlicher erhebt als alle Staatsgesetze, und weil es religiöse Gesichtspunkte gibt, welche den Schutz der wirtschaftlich Schwachen herbeiführen. Die Freimaurerei endlich stellt die internationale Organisation der Kirchenfeinde dar, welche alle Schutzwälle der Kirche niederbrechen will, und weiß, daß mit der Ausschaltung der Religion auch im Einzelleben um so weniger Einfluß erhält und die religiöse Ader unterbunden wird. Geht nun dieser modernste Dreißig und der Religionsgegner konsequent vor? Mit nichten; besonders der Liberalismus und die Sozialdemokratie sind es, die bei fast jeder passenden und unpassenden Gelegenheit förmliche Religionsgespräche in den Parlamenten herbeiführen; dabei werden Materien besprochen, die rein innerkirchlicher Natur sind. Religion und Politik lassen sich gar nicht trennen; dieses Kunststück bringen selbst jene nicht fertig, welche die Trennung anstreben. Die Religion umfaßt den ganzen Menschen mit allen seinen Betätigungen; sie bringt die notwendige Harmonie in diese hinein. Da kann die Politik sich nicht außerhalb der Religion abspielen. Jeder Tag zeigt uns aufs neue, daß alle politischen Strömungen und Parteien, entweder der religiösen Gedanken überhaupt bekämpfen und dem Katholizismus als Kalamität und Ideal der Religion feindlich gegenüberstehen, oder aber offen die Pflege der Religion durch Gesetzgebung und Verwaltung als das bedeutendste Mittel zur Erziehung und zum Glück des Volkes fördern. Ziehen wir als Katholiken daraus unsere Konsequenzen.

Politische Rundschau.

Dresden, den 3. Januar 1912.

— **Sichere Wahlskreise.** Unter den 397 Reichstagswahlkreisen befinden sich nur verhältnismäßig wenige, die als „sicherer“ Besitzstand der einzelnen Parteien gelten können. Nach dem ersten Wahlgange vom Jahre 1907 bekamen damals von den sämtlichen abgegebenen Stimmen mehr als 60 Prozent das Zentrum in 64 Wahlkreisen. Und zwar in 18 Kreisen mehr als 60 Prozent, in 23 Kreisen mehr als 70 Prozent und in 15 Wahlkreisen zwischen 80 und 89 Prozent. In 8 Kreisen konnte das Zentrum über 90 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen (in Gelsenkirchen 96 Prozent). Nächste dem Zentrum verfügen die Konservativen über die meisten sicheren Wahlskreise (17). In 5 davon erhielten sie zwischen 60 und 69, in 3 zwischen 70 und 79, in 6 zwischen 80 und 89 und in 2 Wahlkreisen mehr als 90 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Die Polen erhielten in 13 von den vertretenen Kreisen starke Mehrheiten; in 8 mehr als 60 und in 5 mehr als 70 Prozent. Die Sozialdemokraten hatten nur 6 Wahlskreise, wo sie im ersten Wahlgange mehr als 60 Prozent der Stimmen erhielten (Berlin 4 und 6, Hamburg 1 und 2, Altona und Niederbarnim). Die Nationalliberalen hatten ihre höchste Stimmenzahl, 80 Prozent in Kurdis, in Guben 71 Prozent, in Soerswerda 68 Prozent. Mehr als 60 Prozent begab, knapp 60 Prozent erhielten sie in Sondershausen, Leipzig-Stadt, Zöschau und Kreuznach. Die Antisemiten bekamen mehr als 60 Prozent bei der Hauptwahl in Arnswalde (Prühn) 80 Prozent und Wautzen 68 Prozent. Die Reichspartei mußte in 2 Kreisen mehr als 67 Prozent, während der Freisinn es in keinem der von ihm vertretenen Wahlkreise auf über 60 Prozent brachte.

— **Die Besitzsteuern,** die in der letzten großen Reichsfinanzreform in einer Höhe von 110 — und nimmt man die erhöhten Materialbeiträge hinzu, in einer Höhe von 135 — Millionen Mark geschaffen worden sind, sollen keine Besitzsteuern sein. So behauptet es wenigstens die liberal-sozialdemokratische Wahlagitation. Sollte demgegenüber aber nicht die Tatsache zu denken geben, daß der Sanftmütige gerade in dem Augenblick gegründet wurde, wo die Reichstagsmehrheit sich anordnete, den kapitalistischen Gewinn zu besteuern, den Gewinn derjenigen Leute, die aus der neuesten Wirtschaftsentwicklung Deutschlands den höchsten Nutzen ziehen, und damit eine neue Quelle für eine zeitgemäße Besteuerung erschließen?

— **Nachmals unanfechtbare Feststellungen.** Erzberger schreibt uns:

„Der „Freisinnigen Zeitung“ sind meine kirchlichen rein sachlichen Ausführungen zur bekannten Rede des Abgeordneten Schrader in Sachen des Modernisteneides recht unangenehm; sie schimpfen wie ein altes Marktweib und zeigen schon dadurch, daß sie im Unrecht ist. Sie kann natürlich den stenographischen Bericht über die Schradersche Rede nicht in Abrede stellen und doch genügt dies allein, um die Katholiken aus der Volkspartei zu treiben. Das freisinnige Blatt pöbelt dann die Abgeordneten Erzberger und Gröber an; nennt letzteren einen „finsternen Tropf“, weil er auf die Worte Schraders gehört hat: man soll Katholiken zu

Staatsämtern nicht mehr zulassen. Nun zeigt sich aber die ganze Verlogenheit und Verlogenheit des freisinnigen Blattes; denn es verschweigt, daß erstens der Abgeordnete v. Savigny genau dasselbe hörte wie die genannten Abgeordneten, zweitens noch sieben andere Abgeordnete diesen heute bestrittenen Satz gehört haben. Alles Geschimpfe und persönliche Herrunterreißen der „Freisinnigen Zeitung“ die man letzten Endes doch nur als Ehrenbezeugungen von solchen unsachlichen Gegnern ansehen muß, ändert kein Jota an den 5 bekannten Kulturkampfsbestimmungen des freisinnigen Abgeordneten Schrader. Was heute die Wahlnot an Ablenkungsversuchen auspricht, kommt nicht in Betracht gegenüber solchen atemberaubenden Darlegungen.“

— **Sozialdemokratie und Beamtenchaft.** Zur Wahlzeit bringt die Sozialdemokratie alles fertig, um Stimmen zu fangen. Und so singt denn in hohen Tönen ihre Presse das Lied von der Beamtenfreundlichkeit der Sozialdemokratie, während sie sonst für die „Bureaucraten“ nur Hohn und Spott hat. Ganz besonders tut sie sich etwas darauf zugute, daß sie die Reichsfinanzreform „nieder gestimmt“ habe, während das Zentrum durch die Schaffung derselben mit zur Mehrbelastung des Beamtenhaushaltes beigetragen habe. Die Sozialdemokratie muß doch die Beamten für recht naive Leute verschleißen. Ob sie nicht merkt, daß sie sich mit ihrem Selbstlob tief in die Tinte hineinreißt. Denn hätten die bürgerlichen Parteien nach dem Muster der Sozialdemokratie geschlossen gegen die Reichsfinanzreform gestimmt, dann wären die Beamten bis heute ohne die Befoldungsreform geblieben. Ohne Reichsfinanzreform sollte es nämlich nach den bestimmten Versicherungen der Reichsorgane auch keine höheren Gehälter für die Beamten geben. So aber ist durch die Befoldungsreform der Reichsbeamten ein Mehrbetrag von über 116 Millionen Mark und der preussischen Beamten ein Mehrbetrag von über 150 Millionen Mark über ihr bisheriges Einkommen zugeführt worden. Selbstsame Beamtenfreunde, die dem Staat die Mittel verweigern, aus denen er die Beamten befolde muß!

— **Die „abgelehnte Erbschaftsteuer“** bildet noch immer das Stiefkind, auf dem die sozialdemokratische Wahlagitation gegen das Zentrum herumreitet. Das Zentrum hat aus wohlverwogenen wirtschaftlichen und sozialen Gründen die Erbschaftsteuer abgelehnt und dafür durch andere Besteuerungen das Kapital viel kräftiger herangezogen, als es durch die Erbschaftsteuer geschehen wäre. Aber hat denn die Sozialdemokratie ein Recht, dem Zentrum einen Vorwurf zu machen wegen einer Tat, die, wäre es zur dritten Leistung der Erbschaftsteuer gekommen, die Sozialdemokratie selbst begangen hätte! Sie hätte dann nämlich ebenfalls gegen die Erbschaftsteuer gestimmt. Das hat der hiesige Krafel auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Leipzig 1909 herausgebracht. Der offizielle Berichterstatter Abgeordneter Ledebour rief hier den Revisionisten zu: „Sie haben systematisch darauf hingearbeitet, im Lande den Eindruck zu erwecken, als ob Sie eigentlich mit ihrer Ansicht, endgültig für die Erbschaftsteuer zu stimmen, die Mehrheit hinter sich hätten. Die Beschlüsse der Fraktion stehen dem entgegen.“ („Leipziger Volksztg.“ Nr. 213, 1909.) Also wegen einer Tat, die die Sozialdemokratie nach einigen Tagen selbst begangen hätte, macht sie dem Zentrum jetzt unausgesetzt Vorwürfe. Dieser Pharisäerchor!

— **Die Teuerung und der „alte“ Reichstag.** „Neue Steuern, Lebensmittelerhöhung, Volkseinstreitung, steigende Kriegsgefahr“: das alles hat, so verkündet es der sozialdemokratische Wahlausruf, der „alte“ Reichstag gebracht. Nun weiß jedes Kind, daß die Teuerung, soweit sie besteht im wesentlichen eine Folge der anormalen Witterungsverhältnisse des Sommers und Herbstes 1911 war, wobei allerdings die sozialdemokratische Presse zu parteipolitischen Zwecken mit ihrem Teuerungsgeschrei rechtlich mitgeholfen hat, daß die Spekulation diese Teuerung für ihr Portemonnaie noch weiter ausnützen konnte. Und jeder, der sehen wollte, konnte erkennen, daß sich diese Teuerung im Ausland, in England, Belgien, Österreich, Frankreich, den Vereinigten Staaten von Nordamerika usw. nicht weniger, wenn nicht gar empfindlicher bemerkbar machte, wie bei uns. Daß ferner es Teuerung gab, ganz gleich, welches Wirtschaftssystem in einem Lande herrschte, ob Freihandel oder Schutzoll. Macht alles nichts! Der Reichstag von 1907 ist eben an allem schuld, weil das so der sozialdemokratischen Wahlagitation in den Kram paßt und sozialdemokratische Wahlausrufe dazu bestimmt sind, die Massen unzufrieden zu machen und gegen alles Bestehende aufzuheizen. Mögen die Mittel noch so lächerlich sein, die Hauptsache ist, daß sie liegen. Der Reichstag ist schuld...!

— **Sozialdemokratie und Kriegsveterane.** Jetzt sucht die rote Presse sich gar an die Kriegerveterane heranzumachen: sie redet den Kriegsinvaliden davon, welche Anträge sie im Reichstage eingebracht habe und sie spricht von einer Kriegsbefreiung von 360 Mark. Großartig! Aber Tatsache ist, daß die alten Soldaten keinen Pfennig seit 1897 erhalten hätten, wenn es auf die Sozialdemokratie angekommen wäre; denn diese hat alle Ausgaben hierfür stets abgelehnt. Im Jahre 1911 erhielten nahezu 60 000 Vete-